Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Schule kann Demokratie stärken, aber nicht allein. Eltern, Politik, Bildungsverwaltung, Wissenschaft, Medien, Zivilgesellschaft und außerschulische Partner tragen gemeinsam Verantwortung.

Bildungsgerechtigkeit und Demokratiebildung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wo Bildungserfolg zu stark von Herkunft abhängt, wird das demokratische Versprechen gleicher Teilhabe unglaubwürdig. Wer Demokratiebildung ernst meint, investiert deshalb konsequent in Bildungsgerechtigkeit.

Bei aller Verschiedenheit unserer Organisationen und Aufgaben eint uns eine Überzeugung: Wir wollen eine Schule, in der jede Stimme zählt, Verschiedenheit geachtet und gelebt wird und junge Menschen Verantwortung für sich, für andere und für unsere Demokratie übernehmen lernen.

Dafür stehen wir ein:

- **für eigenständiges Denken und begründetes Urteilen,**
- **für respektvollen Streit und echte Beteiligung,**
- **für den Schutz von Menschenwürde und Grundrechten,**
- **für die allgemeine Schulpflicht als Baustein von Bildungsgerechtigkeit,**
- **für fachlich fundierte und eigenverantwortliche pädagogische Entscheidungen,**
- **für Rückhalt für alle, die täglich pädagogische Verantwortung tragen,**
- **und für eine Bildungspolitik, die Demokratiebildung dauerhaft absichert – mit den Ressourcen, die es dafür braucht.**

Die demokratische Schule von heute prägt die demokratische Gesellschaft von morgen. Dafür stehen wir – und dafür übernehmen wir unseren Teil der Verantwortung.

Die Bildungspartner des DSLK

Allgemeiner Schulleiterverband Deutschland (ASD)

Bundesdirektorenkonferenz (BDK)

Bundesverband Reale Bildung (BVRB)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Düsseldorf, den 13. November 2026

DSLK

Demokratiebildung ist Zukunftsbildung

Gemeinsame Erklärung der offiziellen Bildungspartner des DSLK 2026

asd Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e.V.

BDK Bundes Direktoren Konferenz Gymnasien

BvLB DIE BERUFSBILDNER

BVRB Bundesverband Reale Bildung

DPhV Deutscher Philologenverband

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Veranstaltung von FLEET EDUCATION

Demokratiebildung ist Zukunftsbildung

Gemeinsame Erklärung der offiziellen Bildungspartner des DSLK 2026

„Schule ist ein gemeinsamer Bildungs- und Erfahrungsraum. Die allgemeine Schulpflicht, fachlich begründete Lehrpläne und schulische Mitbestimmung stärken Bildungsgerechtigkeit und Demokratie."

Anlässlich des 15. Deutschen Schulleitungskongresses (DSLK) setzen die offiziellen Bildungspartner des DSLK gemeinsam ein Zeichen für Demokratiebildung als Kern schulischer Bildung.
Demokratie lebt davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen, Unterschiede respektieren, Widerspruch aushalten und das Gemeinsame immer wieder neu aushandeln. Diese Fähigkeiten fallen nicht vom Himmel. Sie entstehen dort, wo Menschen erfahren, dass ihre Stimme zählt, Regeln für alle gelten und Konflikte mit Argumenten statt mit Ausgrenzung oder Gewalt ausgetragen werden.

Schule ist der wichtigste Ort, an dem junge Menschen diese Erfahrung machen – oder eben nicht. Der DSLK bringt Schulleitungen, Lehrkräfte, Verbände und weitere Bildungsakteure aus ganz Deutschland zusammen. Deshalb setzen wir hier ein gemeinsames Zeichen, über alle Organisationsgrenzen hinweg.

Wir, die Bildungspartner des DSLK, sagen gemeinsam mit dem Veranstalter des DSLK: Demokratiebildung ist kein Zusatzprogramm. Sie gehört zum Kern des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Sie prägt – neben Fachlichkeit, Wissenschaftsorientierung, Chancengerechtigkeit und individueller Förderung – Unterricht, Schulkultur und das tägliche Miteinander. Demokratiebildung gelingt nur, wenn sie allen Kindern offensteht – unabhängig von Herkunft und Elternhaus.

Urteilskraft und Beteiligung stärken

Schule befähigt junge Menschen, Informationen zu prüfen, Perspektiven zu wechseln, Argumente abzuwägen und sich eine eigene, begründete Meinung zu bilden.

Demokratie muss dabei erfahrbar sein, nicht nur erklärt werden. Schülerinnen und Schüler müssen erleben, dass Beteiligung wirkt.

Eine Schule, die Beteiligung fordert, muss Beteiligung leben. Eine Schule, die Respekt einfordert, muss ihn vorleben. Dazu gehören verlässliche Regeln, transparente Entscheidungen und eine Kultur des konstruktiven Streits.

Und dazu gehört die allgemeine Schulpflicht. Sie ist ein zentraler Baustein von Bildungsgerechtigkeit und schafft einen gemeinsamen Erfahrungsraum für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Herkunft und Elternhaus.

Offen für Kontroversen, klar in den Grundlagen

Schule ist ein Ort unterschiedlicher Überzeugungen und Sichtweisen. Diese Vielfalt gehört zu einer offenen Gesellschaft.

Aber offen heißt nicht beliebig.

Die Würde jedes Menschen, die Grund- und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die demokratische Ordnung sind der verbindliche Rahmen schulischer Bildung – nicht verhandelbar.

Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Gewaltverherrlichung und gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Ideologien dürfen im schulischen Raum nie unwidersprochen bleiben.

Politische Überparteilichkeit heißt: Offenheit im demokratischen Meinungsspektrum. Sie heißt nicht: Neutralität gegenüber Menschenwürde und Demokratie.

Genau deshalb braucht schulische Bildung verlässliche fachliche Leitplanken statt politischer Einflussnahme im Einzelfall: Lehrpläne, Lehrmittel und die inhaltliche Gestaltung von Unterricht sind Sache fachlich legitimierter Gremien. Das sichert fachliche Qualität und verlässliche Rahmenbedingungen für schulische Bildung.

Pädagogische Verantwortung braucht Unterstützung

Polarisierung, Desinformation, Hasskommunikation und internationale Konflikte kommen im Klassenzimmer an – ungefiltert und oft täglich.

Lehrkräfte und Schulleitungen dürfen damit nicht allein gelassen werden. Sie brauchen Handlungssicherheit, professionelle Unterstützung und einen verlässlichen Platz für Demokratiebildung in Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Digitale Urteilskraft gehört zur Demokratiebildung

Soziale Netzwerke, digitale Plattformen und künstliche Intelligenz verändern, wie Informationen entstehen, verbreitet und wahrgenommen werden. Sie eröffnen Chancen für Wissen und Beteiligung – und öffnen zugleich Manipulation und Desinformation Tür und Tor.

Junge Menschen müssen lernen, Quellen zu prüfen, Fakten von Behauptungen zu trennen und Interessen hinter Informationen zu erkennen. Medienkompetenz ist politische Urteilskraft.